

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

03.04.2023

Inhalt

EWN

1 Nicht Sellin, nicht Sassnitz: Hier plant RWE das neue LNG-Terminal vor Rügen <i>Ostsee-Zeitung.de, 31.03.2023</i>	3
2 Untergrund für Zwischenlager an der Asse ist geeignet <i>Braunschweiger-Zeitung.de, 31.03.2023</i>	4

📄 Ostsee-Zeitung.de | 31.03.2023

👤 Andreas Meyer

🔗 WEBLINK

Nicht Sellin, nicht Sassnitz: Hier plant RWE das neue LNG-Terminal vor Rügen

Das geht aus internen Unterlagen hervor, die der OZ vorliegen. Wie weit das Terminal von den Ostseebädern entfernt wäre und was RWE dort noch importieren will.

Nun ist offenbar auch der Standort Sassnitz auf Rügen vom Tisch: Der Energiekonzern RWE plant sein neues Gas-Terminal offenbar doch auf hoher See.

Sassnitz/Sellin. Sellin ist vom Tisch – und Sassnitz nun offenbar auch: Das geplante neue LNG-Terminal vor der Insel Rügen soll offenbar doch auf hoher See entstehen. So jedenfalls will es der Energieriese RWE, der das Terminal für die Bundesregierung bauen und betreiben soll. Das geht aus wenige Tage alten Plänen des norwegischen Offshore-Spezialisten Seasystems hervor, die im Auftrag von RWE erarbeitet wurden und der OZ exklusiv vorliegen.

Und: RWE will vor Rügen offenbar nicht nur eine „Übergangslösung“ schaffen. Auf der Ostsee sollen gleich im ersten Ausbauschnitt Anlagen für den Import von Wasserstoff und Ammoniak gebaut werden. Das Ammoniak soll vor Rügen auf dem Meer „gecrackt“ werden.

Wo das LNG-Terminal vor Rügen entstehen soll

Erst am 29. März hatte der Haushaltsausschuss des Bundestages zwar die Mittel für den Bau eines neuen Flüssiggas-Terminals vor der Insel Rügen vorerst eingefroren, doch die Planungen gehen ungeachtet dessen weiter – und fokussieren sich offenbar auf einen Standort weit draußen auf dem Meer: Laut dem Kartenmaterial, das RWE an verschiedene Mitglieder des Bundestages verteilt hat, sollen Anlagen für den Flüssiggas-Import 12,9 Kilometer östlich der bekannten Wissower Klinken im Meer installiert werden.

Entgegen der ersten Planungen wäre das Terminal nicht mehr nur vier, fünf Kilometer von Sellin entfernt, sondern 17,5 Kilometer. Bis Binz wären es 20,4 Kilometer, bis Göhren 19,5 Kilometer. Es sei, so heißt es in der Präsentation, sogar möglich, die Anlage noch zwei weitere Kilometer hinaus auf die Ostsee zu verlegen. Die Planer von Seasystems schreiben davon, dass es nur „minimale Einflüsse“ auf das Leben an Land geben werde – und keine Lärmbelästigungen mehr.

RWE baut „Cracking“-Plattformen in Ostsee vor Rügen

„Das Energie-Wende-Terminal“ nennt RWE sein Projekt – und will deshalb dauerhaft vor Rügen bleiben: Die Pipeline vom neuen Terminal soll 38 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr an Land bringen können. Bis zu sechs schwimmende Umwandlungsanlagen (FSRU), die LNG in „normales“ Erdgas verwandeln, sollen auf See stationiert werden.

Und die Anlagen sollen bereits dafür ausgelegt sein, später Wasserstoff zu importieren. Sogar Spezialplattformen für die Umwandlung von Ammoniak in Wasserstoff plant RWE bereits. Diese sogenannten „Cracker“ sollen ebenfalls auf See vor Rügen gebaut werden.

Entscheidung zu LNG-Anlage vor Rügen muss schnell fallen

Das Klassifizierungsbüro ABS und auch die Bundesregierung sollen, so heißt es aus Bundestagskreisen, bereits Zustimmung zu den neuen Plänen signalisiert haben. Die Landesregierung in Schwerin ist ebenfalls informiert. Die neue Pipeline nach Lubmin soll 48 Kilometer lang werden, am tiefsten Punkt 18,1 Meter unter der Meeresoberfläche liegen und ohne Baggerarbeiten gebaut werden. Sie wird laut den Unterlagen einem Meereskabel von 50 Hertz folgen, die „geotechnischen Untersuchungen“ würden bereits vorliegen.

Die Planer im Auftrag von RWE drücken aufs Tempo: Damit wie geplant schon im Winter 2023/2024 das erste Gas über die Anlage importiert werden kann, müsse spätestens Anfang April eine Entscheidung her.

An dieser Stelle finden Sie einen externen Inhalt von Outbrain UK Ltd, der den Artikel ergänzt. Sie können ihn sich mit einem Klick anzeigen lassen.

 Braunschweiger-Zeitung.de | 31.03.2023

 WEBLINK

Untergrund für Zwischenlager an der Asse ist geeignet

Die BGE erachtet den Untergrund für geeignet, eine Abfallbehandlungsanlage und ein Zwischenlager zu errichten. Das sind die Details.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) teilt mit, dass die Frage, ob der Untergrund im sogenannten „**Kuhlager**“ dafür geeignet ist, eine Abfallbehandlungsanlage und ein zu errichten, aus Sicht der BGE mit Ja zu beantworten sei. Die habe das jetzt veröffentlicht.

Es liefere Erkenntnisse über die **Tragfähigkeit** des Baugrunds sowie dessen Beschaffenheit und ist somit eine wichtige Grundlage für die Planung der Gebäude, die für die Rückholung der radioaktiven Abfälle aus der Asse benötigt werden.

Hier die weiteren Einzelheiten der Pressemitteilung der BGE:

„Die Ergebnisse zeigen, dass der Baugrund am Standort grundsätzlich geeignet ist, um die geplanten Anlagen dort zu errichten. Für die weiteren Planungen ergeben sich folgende Erkenntnisse:

- Im Bereich des geplanten Gebäudes für die **Abfallbehandlungsanlage** und das **Zwischenlager** sind die Böden ausreichend tragfähig.
- Die obersten Baugrundsichten bestehen aus erdgeschichtlich jungen Gesteinen, hauptsächlich aus verschiedenen **Ton- und Lehmart**. Das Festgestein besteht überwiegend aus Tonstein. Dieses Gestein ist stark witterungs- und frostempfindlich und neigt zum Schrumpfen und Quellen bei wechselnden Nässe- und Trockenperioden. Diese Eigenschaften stehen einer Bebauung nicht entgegen, müssen aber bei den Planungen berücksichtigt werden.
- Die Gefahr von **Erdfällen** kann nicht vollständig ausgeschlossen werden. Ein solches Szenario würde dazu führen, dass an dieser Stelle der Lastabtrag über die Bodenplatte gestört ist. Fachleute sprechen von einem „Bettungsausfall“. Daher wird aus Sicherheitsgründen empfohlen, dies bei der Auslegung der Fundamente und der Bodenplatte zu berücksichtigen, so dass ein sicherer Lastabtrag jederzeit gewährleistet ist.

•Neben den eigentlichen Gebäuden sehen aktuelle Planungen eine die Gebäude umlaufende Straße vor. Die Untersuchungen zeigen, dass in diesem Bereich ein **Bodenaustausch** mit einem gut verdichtbaren Mineralgemisch oder eine Bindemittelstabilisierung der Böden notwendig ist.

Im Rahmen des **Baugrundgutachtens** wurden keine Senkungsmessungen an der Tagesoberfläche durchgeführt. Diese können nur über sehr lange Zeiträume durch das Monitoring der Messpunkte an der Tagesoberfläche erfasst werden. Entsprechende Messungen und Prognosen für die Senkungen an der Tagesoberfläche liegen vor und werden ebenfalls bei den Planungen der Gebäude berücksichtigt.

Grundwasserströme in der Asse sind komplex – weitere Erkundungen notwendig

Das Gutachten hat ebenfalls ergeben, dass die Grundwasserverhältnisse im Bereich der geplanten Anlagen komplex sind. Ursache sind unter anderem der enge Wechsel von Grundwasserleitern und Bereichen mit geringer Wasserdurchlässigkeit sowie die steil stehenden **Schichten und Störungszonen**.

Bei den Baugrunduntersuchungen wurde **vereinzelt Wasser** angetroffen. Es handelt sich vermutlich um Oberflächenwasser, das sich über einer wasserundurchlässigen Schicht aufstaut. Ob es sich bei dem angetroffenen Wasser überwiegend um Schichten- oder Grundwasser handelt, soll in weiteren Untersuchungen geklärt werden. Das Wasser kann nicht in größere Tiefen versickern und bewegt sich aufgrund der Topographie talwärts. Deshalb muss für den Bau eine **Wasserhaltung**, die Starkregen und lange Niederschläge berücksichtigt, mit eingeplant werden.

Da durch **Niederschläge** bedingt auch oberhalb des Grundwasserspiegels bis hin zur Geländeoberfläche Schichten- und Sickerwasser auftreten können, wird die BGE Drainagen und Abdichtungen an den jeweiligen Bauwerken vorsehen. Eine genauere Untersuchung des Grundwassers hat gezeigt, dass das Wasser

den Beton der Bauwerke nicht angreift.

Das Baugrundgutachten empfiehlt eine detaillierte **hydrogeologische Erkundung**. Die BGE wird dieser Empfehlung nachkommen und Grundwassermessstellen in ausgewählten Bohrungen einrichten. Detailliertere Kenntnisse zur Wasserführung sind für die Bauausführung von Bedeutung.

Das gesamte Baugrundgutachten kann hier abgerufen werden: www.bge.de

Hintergrund zu den Baugrunduntersuchungen

Die Baugrunduntersuchungen fanden vom 17. Mai 2022 bis zum 1. August 2022 statt. Es wurden knapp 70 Sondierungen und Bohrungen in verschiedenen Ausführungen und Tiefen umgesetzt. Die Bohrungen waren maximal 30 Meter tief. Es wurden **Bodenproben** entnommen und auf ihre bodenmechanischen Ei-

genschaften untersucht. Ergänzt wurden die Untersuchungen durch geophysikalische Messungen, die einen Einblick in den räumlichen Aufbau des Baugrunds geben.

Über die BGE

Die BGE ist eine bundeseigene Gesellschaft im Geschäftsbereich des Bundesumweltministeriums. Die BGE hat am 25. April 2017 die Verantwortung als **Betreiber der Schachanlage Asse II** sowie der Endlager Konrad und Morsleben vom Bundesamt für Strahlenschutz übernommen. Zu den weiteren Aufgaben zählt die Suche nach einem Endlagerstandort zur Entsorgung der in Deutschland verursachten hochradioaktiven Abfälle auf der Grundlage des im Mai 2017 in Kraft getretenen Standortauswahlgesetzes. Geschäftsführer sind Stefan Studt (Vorsitzender), Steffen Kanitz (stellv. Vorsitzender) und Dr. Thomas Lautsch (technischer Geschäftsführer).“